

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Nach dem Dresdener Militärstreik.

Proteststreik in Sachsen. — Verhandlungen über neue Regierungsbildung.

Der militärische Skandal, der sich gestern in Dresden abspielte, wird in einer verlegenen amtlichen Erklärung vergeblich harmloser dargestellt, als er in Wirklichkeit war. Was sich in den beiden letzten Tagen in Deutschland abspielte, ist eine Katastrophe innenpolitisch und außenpolitisch.

Mit dem scharfen Blick des Feindes, der die schwachen Stellen erspäht, urteilt die „Deutsche Zeitung“ ganz richtig: „Es sieht beinahe so aus, als gingen in der Reichsregierung zwei Strömungen durcheinander, als sei Stresemann nicht mehr allein der Vater aller Beschlüsse. Die nächsten Tage werden wohl deutlichere Einblicke in diese Verhältnisse gewähren.“ Und die „Kreuz-Zeitung“ jubelt: „Die Gegensätze verschärfen sich.“

In einer Zeit schwerster außenpolitischer Bedrängnis, fortwährendem Reichszerfall, unerträglichem Not der breiten Massen sind durch scharfmacherische Treibereien die Klassen- und Parteigegegensätze aufs äußerste verschärft worden. Nicht genug damit, daß eine Vollmacht des Reichspräsidenten, die nur für den allerletzten Fall bestimmt war und nicht ohne Verständigung mit den Parteien angewendet oder nicht angewendet werden sollte, sofort dazu gebraucht wurde, einen staatsrechtlichen Konflikt auf die Spitze zu treiben, nicht genug damit, daß die Absetzung einer verfassungsmäßigen Regierung in einer Weise erfolgte, die selbst von demokratischen Blättern in dürren Worten als Staatsstreich gekennzeichnet wird — militärischer Uebermut hat aus diesem Trauerspiel deutschen Sammers und deutscher Zerrissenheit noch ein Schauspiel mit Musik gemacht. Zur Freude eines stumpfsinnigen reaktionären Böbels, der nie begreift und nie begreifen wird, daß er mit seinem kleinpatriotischen Bombast nichts anderes als das Unglück Deutschlands ist, hat man die Mitglieder der sächsischen Regierung, die Repräsentanten demokratischer Staatsautorität, mit Militär aus ihren Amtszimmern geholt und dazu — ganz zufällig, wahrhaftig nur ganz zufällig — fröhliche militärische Weisen ertönen lassen.

Es sind fast auf den Tag zehn Jahre her, seit das eifässliche Städtchen Zabern in ganz Deutschland und in ganz Europa von sich reden machte. Was war dort geschehen? Ein junger Leutnant hatte durch unverschämte Nebensarten die einheimische Bevölkerung herausgefordert, es war, darüber zwischen Militär und Zivil zu Reibereien gekommen, der Regimentskommandeur hatte daraufhin über den Kopf der Zivilbehörde hinweg „aus eigenem Recht“ den militärischen Belagerungszustand verkündet und dreißig angelegene Bürger der Stadt für eine Nacht in die Keller der Kaserne gesperrt.

Seitdem haben wir an Roheit und Willkür innen wie außen so unendlich viel mehr und soviel unendlich Schlimmeres erlebt, daß uns die Vorgänge von Zabern fast nur noch als ein Dösel erscheinen. In jener Zeit sanfter Friedensgewohnheiten aber wirkten sie wie eine Explosion. Im Dezember wurde dann der Fall im Reichstag behandelt; die hochmütig abweisenden Erklärungen der Regierung erregten kaum noch erlebte Stürme der Entrüstung. Der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach bezeichnete den Tag als einen „schwarzen Tag für das Deutsche Reich“ und sprach die heute geradezu prophetisch klingenden Worte:

„Auch das Militär untersteht dem Gesetz und dem Recht, und wenn wir zu Zuständen kämen, die das Militär über das Gesetz stellen und die Zivilbevölkerung der Willkür des Militärs preisgeben, dann, meine Herren: finis Germaniae.“

Gestern hat man in Dresden „finis Germaniae“, Deutschlands Ende, gefeiert — mit Militärmusik!

Noch verwüstender als im Inland hatte der Zabern-Fall im Ausland gewirkt. Diese Wirkung war um so schlimmer, als der Reichstag am Schluß der Interpellationsdebatte mit überwältigender Mehrheit einen sozialdemokratischen Mißbilligungsantrag angenommen hatte, ohne daß die Regierung auch nur im entferntesten daran dachte, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Das waren Dinge, die das gesamte Ausland nicht verstand, sie ließen einen Abgrund erkennen, der sich zwischen ihm und dem kaiserlichen Deutschland auftat. Deutschland erschien als das Land, in dem der Militarabolutismus schrankenlos waltete und die Soldateska sich alles erlauben durfte. Zwischen dem Eisß und Mitteleuropa öffnete sich ein nie wieder heilender Riß.

Erinnert man sich all dieser Vorgänge, so begreift man mit schmerzhafter Deutlichkeit, was die gestrigen Dresdener Ereignisse außenpolitisch bedeuten. In einer Zeit, in der das unglückliche deutsche Volk zu einem Bettler geworden und auf das Wohlwollen der Welt angewiesen ist, in einer Zeit, in der ein übermächtiger struppeliger Gegner alle Kräfte seiner diabolischen Geschicklichkeit spielen läßt, um die Weltmeinung für sich und gegen das arme getretene Deutschland einzunehmen — in einer solchen Zeit leistet sich die Idiotie des Militarismus ein Schauspiel, das für alle Feinde Deutschlands ein helles Vergnügen, für seine Freunde aber Trauer und Scham bedeutet. Diese Idiotie des Militarismus hat Herrn Boincars willfährig einen Beweis für seine These geliefert, daß sich Deutschland innerlich nicht gewandelt habe, daß es immer noch dasselbe Land geblieben sei, in dem sich

die Ueberhebung der Säbelträger über alle verfassungsmäßige Ordnung, so selbst über den einfachsten menschlichen Takt höhnisch hinwegsetze. So scheint dieser Deutsche Militarismus kein anderes Ziel zu haben, als die Welt jenseit Schandtaten vergessen zu lassen, die sein französischer Bruder im Geiste an der Bevölkerung der besetzten Gebiete verübt.

Ueber Zabern sprach der Reichstag am 4. Dezember 1913 mit 293 gegen 54 Stimmen der äußersten Rechten sein Urteil. Es half ihm nichts, Herren im Lande blieben diejenigen, die mit 54 Stimmen in der Minderheit geblieben waren. Diese Herren bestanden dann Deutschland in einen Krieg gegen die ganze Welt, und als dieser, wie anders nicht möglich, verloren gegangen war, erfanden sie gegen das arme Volk die niederträchtige Heßlüge vom Dolchstoß. Sie sind seitdem keinen Augenblick müßig gewesen, sie haben mit allen Mitteln bis zum politischen Mord und zum offenen Aufruhr gegen die neue Ordnung gewöhlt, sie haben Bayern erobert und rüsten von dort zum Krieg gegen das eigene Vaterland.

Heute jubeln sie über Dresden. Sie haben Grund dazu. Dresden war ihr Erfolg, ihr Triumph! Sie haben es mit einem fein eingefädelten Plan so weit getrieben. Ist es noch möglich, das Todesnech zu zerreißen, das über die deutsche Republik geworfen ist?

Heinze und Stresemann.

Eine irreführende Rechtsdarstellung.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ meldet: Der Reichskommissar für den Freistaat Sachsen, Reichsminister a. D. Dr. Heinze, der in allen Umhandlungen, die er in den letzten Stunden seiner Regentenschaft vornahm, eine unglückliche Hand gehabt hat, zeigt dieses Unglück auch in dem Aufruf an die sächsische Bevölkerung. Er behauptet darin, der Herr Reichspräsident habe auf Grund der Reichsverfassung, Art. 48 Abs. 1, die bisherige sächsische Regierung ihres Amtes enthoben und ihn als Reichskommissar bestellt.

Es ist kaum zu glauben, daß ein früherer Justizminister und Reichsgerichtsrat sich so ungenau ausdrückt. In Wirklichkeit muß ihm bekannt sein, daß der Reichspräsident keineswegs die sächsische Regierung abgesetzt und Herrn Dr. Heinze zum Reichskommissar ernannt hat. Der Reichspräsident hat vielmehr dem Reichskanzler eine allgemeine Ermächtigung gegeben, die sächsische Regierung und nötigenfalls andere sächsische Behörden abzuschaffen. Für den Zeitpunkt und die Art der Ausübung dieser Ermächtigung trägt allein der Reichskanzler die Verantwortung. Er trägt auch die Verantwortung für die Ernennung des Herrn Dr. Heinze. Diese Ernennung ist unseres Wissens erst in der Parteiführerbekämpfung am Montag vormittag den Fraktionsführern und Kabinettsmitgliedern bekannt geworden.

Hätte der Reichskanzler, wie es richtig und klug gewesen wäre, die Frage der Durchführung der Ermächtigung des Reichspräsidenten und der Ernennung des Reichskommissars vor das Kabinett gebracht, so würden die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder und mit ihnen vielleicht auch der eine oder andere bürgerliche Minister vor überflürzten Schritten haben warnen können. Insbesondere würden sie auch zweifellos gegen die Ernennung Dr. Heinzes Einspruch erhoben haben, denn die Berufung eines führenden Volksparteilers mußte doch in einem Staate mit sozialistischer Mehrheit alles andere als beruhigend wirken.

Wir wissen nicht, ob der Reichskanzler sich bemüht hat, eine andere Persönlichkeit für den Posten zu gewinnen. Alle Maßnahmen dieser unglücklichen zwei Tage tragen den Stempel der Unübersehblichkeit und der Uebereiltheit an sich, die das Vertrauen in die politische Führung des Kabinetts stark beeinträchtigen müssen.

Das Landtagsgebäude geräumt.

Heinze will abreisen.

Dresden, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Reichswehr hat heute vormittag das Landtagsgebäude geräumt, das wieder, wie bisher, nur von Landespolizei gesichert wird. Entgegen dem neipränglich ausgesprochenen Verbot können Fraktions- und Ausschusssitzungen unbehindert stattfinden. Zurzeit tagen die Fraktionen, um über die Frage einer neuen Regierungsbildung zu verhandeln. Der Reichskommissar Dr. Heinze hat die Erklärung abgegeben, es wäre ihm nichts lieber, als wenn der Landtag noch heute zusammentreten könnte mit der Tagesordnung: Wahl eines Ministerpräsidenten. Dann würde er seine Mission als erledigt betrachten und sofort wieder von Dresden abreisen.

Dresden, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der deutsche nationale Vizepräsident des Landtages, Wähler, hat gegen die Bezeichnung des Landtages durch Reichswehr beim Wehrkreiskommando mündlich Protest eingelegt.

Dresden, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen über die Bildung einer parlamentarischen Regierung haben heute vormittag begonnen. An zuständiger Stelle wird er-

klärt, daß der Reichskanzler auf die Bildung des neuen verfassungsmäßigen Kabinetts keinerlei Einfluß habe. Um die Wahl des Ministerpräsidenten zu beschleunigen, hat sich der Wehrkreiskommandeur auf Ersuchen des Reichskommissars Dr. Heinze bereit erklärt, die Wiederaufnahme der Verhandlungen so schnell wie möglich herbeizuführen. Die Reichswehrbesetzung des Landtages ist heute nachmittag durch Polizei abgelöst worden. Ueber das voraussichtliche Ergebnis der Regierungsverhandlungen kann naturgemäß noch nichts Positives gesagt werden. Zur Stunde finden im Landtage Fraktionsbesprechungen aller Parteien statt.

Dresden, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In Dresden herrscht völlige Ruhe. Heute vormittag kam es auf der Straße zu großen Ansammlungen, doch haben sich bis zur Stunde Zwischenfälle nicht ereignet. Die Arbeiter leisten der Streikpatrolle geschlossene Folge. Die großen Betriebe sind bereits stillgelegt.

Politische Aussprache im Reichstag.

Der Ältestenausschuß des Reichstages beschloß heute, die nächste Sitzung des Reichstages auf Freitag, den 2. November, anzusetzen, falls die Reichsregierung dann in der Lage sein sollte, eine politische Aussprache herbeizuführen. Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion im Ältestenausschuß erklärten, daß die Erledigung des Arbeitszeitgesetzes unter den gegebenen Umständen weit hinter die politische Aussprache zurücktreten müßte. Falls es zu einer politischen Aussprache am Freitag nicht kommt, soll der Reichstag am Dienstag der nächsten Woche zusammentreten.

Zur Besprechung der Reparationsfrage soll der auswärtige Ausschuß zum nächsten Montag einberufen werden.

Die harmlose Musik.

Was die Reichswehr amtlich aus Dresden meldet.

Die Reichswehrleitung ist offenbar durch die Berichte über die Absetzung der sächsischen Minister selber etwas beruhigt. Vielleicht ist doch dem einen oder anderen zum Beruhigen gekommen, daß von der Musikkapelle angefangen bis zum entsehbaren Gewehr das Borgehen des Militärs eine ungeheuerliche Schädigung des deutschen Ansehens darstellt.

Amlich wird jetzt zur „Steuer der Wahrheit“ folgendes veröffentlicht:

Ueber die Vorgänge, die sich heute nachmittag vor und in dem Ministerialgebäude in Dresden abspielten, sind irrig Gerüchte verbreitet worden, die sich teilweise vielleicht daraus erklären, daß bei der augenblicklichen starken Aeroaktivität breiter Volksschichten auch Augenzeugen nicht mehr ganz unbefangene und richtig sehen und berichten. Biesach heißt es, daß Truppen mit klingendem Spiel vor dem Regierungsgebäude aufmarschiert seien und danach Kommandos in das Gebäude hineingeführt hätten, die den sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigler und die anderen Minister unter Anwendung brutaler Gewalt aus ihren Amtszimmern und dem Hause vertrieben. Weiter wird behauptet, daß bei der Besetzung des Ministerialgebäudes Maschinengewehre mit der Schußrichtung nach dem Gebäude in Stellung gebracht worden wären. Wäre in dieser Weise tatsächlich entgegen anders lautenden Behauptungen verfahren worden, so würde die Reichsregierung dies als ein Vorgehen, das den Absichten der Reichsregierung zuwiderliefe, durchaus mißbilligen. (!)

Der amtliche Bericht stellt jedoch die Vorgänge ganz anders dar. Er besagt, daß der Reichskommissar Dr. Heinze, der sich nach seiner Ernennung zum Wehrkreiskommando begeben hatte, gegen 12 Uhr 30 Minuten nachmittags einen Hauptmann in das Regierungsgebäude entsandte, um den sächsischen Ministern seine Bestellung zum Reichskommissar bekannt geben und sie gleichzeitig auffordern zu lassen, bis 2 Uhr nachmittags ihre Geschäftszimmer zur Verfügung zu stellen. Gegen 2 Uhr 15 Minuten nachmittags marschierte das Reichswehrbataillon, bei dem die Kommandos für die mit Wachen zu besetzenden Gebäude eingeteilt waren wie allfänglich mit Musik durch die Stadt und an dem Regierungsgebäude vorbei, wobei die für dieses bestimmte Wache dorthin abschwante. Der Kommandeur des Bataillons, dem die um 12 Uhr 30 Minuten an die sächsischen Minister ergangene Aufforderung des Reichskommissars Dr. Heinze bekannt war, und der annehmen mußte, daß die Minister das Regierungsgebäude demgemäß bereits verlassen hätten, hatte keine Veranlassung, die Musik beim Vorbeimarsch am Regierungsgebäude abzustellen. Von einem Aufmarsch des Bataillons war keine Rede; die eingeteilte Wache schwante, wie bei allen anderen Gebäuden, aus dem marschierenden Bataillon ab. Der Führer der Wache traf wider Erwarten die sächsischen Minister bis auf den Minister Hedert in dem Gebäude noch vor. Der Ministerpräsident Dr. Zeigler und die anderen Minister entsprachen dem höflichen Ersuchen (!), das Ministerialgebäude zu verlassen, ohne weiteres. Bedinglich der kommunistische Minister Wötcher erklärte, daß er Protest einlege und nur der Gewalt weiche. Er wurde von einem Offizier bis an den Ausgang des Regierungsgebäudes geleitet, doch fand auch hierbei keinerlei Gewaltanwendung statt.

Die Reichsregierung würde also mißbilligen, wenn „tatsächlich entgegen anders lautenden Behauptungen“ so vorgegangen worden wäre wie es in unseren und in anderen Berichten geschildert worden ist. Aber sie hat ihren „amtlichen Bericht“ und das ist natürlich alles, was andere gesehen, nur „Phantasie“. Schade nur, daß die Phantasie hier wie an anderen Stellen manches dort genauer sehen als die amtlichen Briefen.

Zusammentritt des Sächsischen Landtags.

Dresden, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der sächsische Landtag ist heute mittag kurz nach 1/2 Uhr zusammengetreten. Der Präsident Genosse Winter teilt mit, daß in Anbetracht der gegenwärtigen Lage die Sitzung auf 6 Uhr nachmittags verlagert werden müsse, um den Fraktionen Gelegenheit zu vorherigen Beratungen zu geben.

Reparationskommission und deutsche Note.

Paris, 30. Oktober. (W.Z.) Die Agence Havas erfährt, daß die Reparationskommission jedenfalls in ihrer morgigen Sitzung die endgültige Entscheidung über die deutsche Note vertragen wird. Man sei der Ansicht, daß deutscherseits gestellte Forderungen, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands nachzuprüfen, und die Aufgabe des von Amerika und England vorgeschlagenen Sachverständigenausschusses dienen einem gleichartigen Zweck. Mit Rücksicht auf die englische Delegation bestehe deshalb die Absicht, die Anhörung der deutschen Delegierten vorläufig zu vertagen.

Im Hinblick auf die Tagung der Reparationskommission stellt der Pariser „Temps“, laut einer Meldung des „B. T.“, eine Anzahl von Fragen, deren Beantwortung durch die deutschen Delegierten wünschenswert sein würde. Die ersten beiden Fragen betreffen die Aufhebung der Kohlensteuer. „Weshalb hat die Reichsregierung diese Steuern nicht wieder so abgeändert, daß die Grundbesitzer nach ihrem Gewinn besteuert werden? Wenn aber die Kohlensteuer aufgehoben wurde, was es richtig, auch die Ausfuhrsteuer abzuschaffen und auf diese Art die Exporteure zum Schaden der deutschen Finanzen, der ausländischen Förderung und der Reparationen zu begünstigen?“ Die Reparationskommission müsse sich auch nach der Währungsreform und der Goldreserve der Reichsbank erkundigen. Die Währungsreform erseheint dem „Temps“ nach sehr dunkel; besonders die Veranordnung, die den Industrieunternehmungen die Herstellung von wertbeständigem Notgeld gestattet, bedürfe genauer Erläuterung. Was die Goldreserve der Reichsbank angeht, müsse untersucht werden, wozu ein großer Teil der 650 Millionen Goldmark gekommen ist, um die nach einer Berechnung der „Société d'études et d'informations économiques“ in der Zeit vom 1. März bis zum 22. September die Goldreserve verringert worden ist. Nach den Angaben dieser Studiengesellschaft fehlen Radweisse über drei Posten: über 6 Millionen, für die überhaupt keine nähere Mitteilung gemacht ist, über 115 Millionen, die an die Schweizer Nationalbank gezahlt worden sind, und über 125 Millionen, die ohne nähere Erklärung ins Ausland gegangen sind. Die von den deutschen Delegierten erwarteten Erläuterungen müßten veröffentlicht werden. Der „Temps“ verlangt auch zu wissen, mit welchen Mitteln die Reichsregierung ihren „Krieg gegen Sachsen“ führe, und aus welchen Hilfsquellen Bayern seinen Kampf gegen das Reich finanziere. Eine Frage von besonderer Wichtigkeit aber seien die Verhandlungen, die von dem deutschen Verkehrsministerium und einem deutschen Finanzkongress mit einer Gesellschaft englischer Finanzleute geführt werden. Die deutsche Eisenbahnverwaltung und die mit ihr verbündeten Gesellschaften sollen eine große Finanzhilfe erhalten, wozu die deutsche Eisenbahnverwaltung sich verpflichtet würde, ihren Einfuhrbedarf an Kohle aus weiter aus England zu beziehen.

Bonar Law gestorben.

London, 30. Oktober. (W.Z.) Bonar Law ist gestorben.

Bonar Law hat ein Alter von 65 Jahren erreicht. In Kanada im Jahre 1858 geboren, war er noch in jungen Jahren nach der schottischen Heimat seiner Eltern hinübergekömmt und studierte in Glasgow. Dort wurde er zunächst Kaufmann, schlug dann die parlamentarische Laufbahn ein und wurde 1911 zum Leiter der unionistischen (konservativen) Partei gewählt. Diese Stellung behielt er volle zehn Jahre. Er war Mitglied verschiedener Kabinette zunächst als parlamentarischer Unterstaatssekretär des Handelsamtes, später als Staatssekretär für die Kolonien und als Schatzkanzler im Kriegskabinett Lloyd George. Er war Mitglied des engeren Kabinetts vom Mai 1916 bis Dezember 1917, sowie einer der Bevollmächtigten Großbritanniens in Versailles. Sein Ausscheiden aus der Regierung Lord George im März 1921 erfolgte tatsächlich nur aus Gesundheitsrücksichten, bedeutete jedoch die erste empfindliche Erschütterung der Stellung des damaligen Premierministers. Er blieb dann anderthalb Jahre dem politischen Leben fern und seine Rückkehr zur Politik war das Signal für den Sturz von Lloyd George. Er gab nämlich auf der Tagung der konservativen Partei im Oktober 1922 den Ausschlag für das Auseinanderfallen der konservativ-liberalen Koalition. Er wurde vom König zum Premierminister ernannt und errang bei den Neuwahlen im November einen großen Sieg, in dem seine Partei weit über die absolute Mehrheit der Sitze erlangte. Er selbst war allerdings in seinem langjährigen Wahlkreis Glasgow nur mit Ringe gewählt worden und hatte sogar weniger Stimmen, als seine beiden Gegner, der Arbeiterpartei und der Liberalen zusammen (15 437 gegen 12 973 bzw. 2508).

Dort zeigt es sich sehr bald, daß seine Wahlparole der „Ruhe“ für die mannigfaltigen Aufgaben der inneren und der äußeren Politik in keiner Weise ausreichte. Vielmehr spitzte sich die Krise der Arbeitslosigkeit im Innern zu, während in der aussarischen Politik das Drängen Frankreichs nach Befestigung des Ruhrgebietes den Bruch der Entente unermesslich machte. Bonar Law vollzog diesen Bruch, indem er die Pariser Tagung des Obersten Rates in den ersten Januar Tagen dieses Jahres verließ. In dessen Folge er aus dieser Situation nicht die geringsten Konsequenzen, sondern er ließ Frankreich monatelang gewähren und brachte damit sein Land in eine demütigende Situation. Seine Schwäche hing wohl mit seinem chronischen Leiden zusammen, offenbar einem Reklipfieber, der ihm schließlich am Sprechen verhinderte. Er trat zu Ostern eine Mittelmeerreise an, die ihm jedoch keine Besserung brachte und demissionierte während der Pfingstferien.

Ein Staatsmann von mittelmäßiger Begabung, der seine Erfolge offenbar vor allem der Tatsache verdankte, daß er alle Stufen der konservativen Partei erklimmen hatte und die Maschinen dieser stärksten und ausschlaggebenden, an führenden Köpfen aber sehr armen Partei vollkommen beherrschte. Eine eigentliche Lücke im britischen Staatsleben hinterläßt er nicht.

Keine russischen Truppenansammlungen.

Moskau, 30. Oktober. Die Russische Telegraphen-Agentur meldet: Die Nachricht, daß eine angebliche Konzentration der Roten Armee an den Grenzen Polens und Ostlands zur Unterstützung der deutschen Kommunisten im Falle einer Revolution vor sich geht, ist unsinnig. Der Verzicht der Sowjetrepublik auf bewaffnete Einmischung in innere deutsche Verhältnisse und die Beständigkeit der russischen Friedenspolitik gehen aus den jüngsten Erklärungen hervorgehender Mitglieder der Sowjetregierung hervor.

Der „Vorwärts“ verboten.

Wie uns erst heute bekannt wird, ist der „Vorwärts“ von der Besatzungsbehörde für das besetzte Rheinland sowohl wie für das Einrückungsgebiet an der Ruhr dauernd verboten. Bisher wurden die „Vorwärts“-Pakete vielfach aus den Zügen geholt und ihre Verteilung durch die Post verhindert.

Di Nationalversammlung von Angora erklärte die Türkei zur Republik und machte Kemal Pascha zum Präsidenten.

Dollar: 65 Milliarden.

Leuchtende Tage.

In das Dunkel und die Trauer unserer Tage sind ganz plötzlich ein paar Sonnentage gekommen, waren fast wie im Sommer, frohlockend und verheißend wie im Frühling. Niemand weiß, wie lange die unverhoffte Freude halten wird, und vielleicht ist heute schon alles im Grau des Regens und der Herbstnebel untergegangen. Aber wir haben jedenfalls noch einmal leuchtende Tage genossen und es war so, als wenn neues Leben in die alte, absterbende Natur gekommen wäre. Wer in diesen Tagen hinaus und hinein kamte in die großen Wälder der Mark, in die Buchen- und Eichenhaine bei Finkenkrug, Brieselang und Strausberg, so eigenartig reizvoll vermischt mit dem dunkel schattenden Kiefern, sah unerbörten Farbenreichtum und kolossale Kontraste zugleich. Aus der Tiefe der Wälder quoll es feucht und dumpf, roch es wie nach Moder und Vermesung aus der Ueberfülle der weissen Blätter, die auf der Erde liegen und faulen. Dazu eine herrliche Sonne am hohen Himmel, die die abgefallenen Blätter vergoldet. Ganz kahle Bäume im Wald, die all ihr Laub abgeschüttelt haben und nun mit leeren Zweigen und Ästen dastehen, sah, kalt und daneben Bäume und Sträucher, die noch im Schmutz der grünen Blätter dastehen, auf denen die letzten Tautropfen der verflorbenen Nacht in der Sonne funkelten. Ganz eigenartig auch in diesen Herbsttagen der schnelle, jähe Uebergang von leuchtender Sonne zur finsternen Nacht. Mit einem Mal sind ein paar schwarze Wolken am Himmel, und dann zehn, hundert und mehr, und alle schieben sich schnell zu einer schwarzen Wand zusammen, balle sich zu einem undurchdringlichen Schleier, der alles in Finsternis hält. Zu empfindlicher Naturbetrachtung ist gewiss heute keine Zeit. In den Wäldern sieht man überall arme Menschen, die das trockene Holz gesammelt und mit schweren Lasten, leuchtend und stöhnend zum nächsten Bahnhof streben. Die schwere Last der Zeit läßt sie nicht aufblicken zu dem leuchtenden Naturschauspiel rings um sie. Sie leiden zu sehr unter dem Leben. Und doch freut man sich der leuchtenden Tage auch dieser Beknechten und Gequälten wegen, denn in der Sonne und im leuchtenden Licht wird ihnen die Last gewissermaßen leichter, als wenn der raube Herbstwind ihnen den Regen in das Gesicht treibt, und die Kälte die unzulängliche Kleidung und das morsche Schuhzeug durchdringt. Diese leuchtenden Tage haben aber auch manchen schweren Sorgen von den Ärmsten genommen dadurch, daß sie Kohlen gepart haben und nicht so schnell und so früh den kleinen Kohlenvorrat in Anspruch zu nehmen brauchten.

Sabotage der Kartoffelversorgung.

Kartoffelabfuhr in die Stärkefabriken.

Bekanntlich besteht seitens der Regierung ein Verbot der Befreiung von Spiritusbrennerreien mit Speisefertstoffen, um angesichts der nicht allzulänglichen Ernte eine Sicherstellung des Vorrates von Kartoffeln für die Bevölkerung zu erzielen. Wie aus Eisenbahnerkreisen jetzt festgestellt wird, werden jedoch große Mengen von Kartoffeln an die Stärkefabriken abgegeben. Nach Mitteilung der Gewerkschaften gehen allein auf der Ost-Preignitzer Kreisbahn täglich große Sendungen an die Stärkefabrik in Kyritz. Einem Mitglied der Gewerkschaft, das für die Eisenbahnbeamten in der dortigen Gegend Kartoffeln aufzukaufen suchte, wurde von den Landwirten erklärt, daß die Lieferung an die Fabriken bequemer sei und besser lohne. Wehliche Feststellungen sind auch an anderen Stellen gemacht worden. Die zuständigen Behörden sind von diesen Vorgängen in Kenntnis gesetzt und gebeten worden, die Befreiung der Fabriken erst dann zu genehmigen, wenn seitens der Landwirtschaft eine genügende Menge von Speisefertstoffen sichergestellt ist.

Brotpreis noch stabil.

In den Groß-Berliner Bäckereien ist mit Wirkung vom heutigen Tage der Preis für die Schrippe von 300 auf 350 Millionen Mark erhöht worden. Diese Maßnahme war notwendig, da die Preise bei der letzten Kolaktion nicht in ihrer tatsächlichen Höhe in Anrechnung gebracht worden waren. Der Preis für die Schrippe bleibt jedoch mindestens für diese Woche und wahrscheinlich darüber hinaus bestehen. Die Erhöhung der Schrippe hat im Publikum zu allerlei Gerüchten Anlaß gegeben; so wurde behauptet, daß der Brotpreis von neuem stark erhöht werden würde, und man nannte Zahlen von 15 und sogar von 30 Milliarden Mark. Wie wir von zuständiger Seite hören, entbehren alle diese Gerüchte der Grundlage. Auch der Brotpreis bleibt mindestens in dieser Woche stabil.

Unverlaubte Selbsthilfe.

Abermals zwei Männer bei Felddiebstählen erschossen.

Die Felddiebstähle, deren Ueberhandnahme wiederholt zu Zusammenstößen geführt haben, veranlassen offenbar neuerdings manche ländlichen Besitzer zu einer keineswegs erlaubten Selbsthilfe zu greifen, indem diese Besitzer ohne weiteres auf Felder schossen. Menschen, selbst wenn sie das Befehl übertreten, sind aber noch lange kein jagdbares Wild und der uns aus Nachahm vorliegende Fall wirkt für den schlesischen Besitzer besonders bedauerlich, weil es sich herausstellte, daß er überhaupt keine Berechtigung zur Führung einer Waffe hatte und offenbar nicht einmal in Notwehr handelte.

Die Besitzer Wokhus und Sohe aus Nachahm trafen auf dem Felde Joles zwischen Warzahn und Woriemberg zwei Männer, die auf ihren Anruf nicht stehen blieben, sondern die Flucht ergriffen. Darauf schossen die Besitzer auf die Fliehenden. Einer der Männer brach, in den linken Oberschenkel getroffen, zusammen und starb bald an Verblutung, der zweite entkam. Der Tot wurde festgestellt als ein Kraftwagenführer Wilhelm Hoffmann aus der Voithinger Straße in Weiskow. Der Hauptposten der Polizei stellte fest, daß Wokhus den verhängnisvollen Schuß abgegeben hat. Der Schütze, der keinen Waffenschein besitzt, also auch keine Waffe führen durfte, wurde vorläufig festgenommen und wird dem Richter vorgeführt werden. Am Ostausgang von Warzahn stellte ein Feldwächter 8 Männer, die von den Feldern kamen und drei mit Kohlen hoch beladene Handwagen mit sich führten. Als er sich ihnen näherte, um Auskunft über den Erwerb des Kohls zu erlangen, blieben einige bei den Handwagen stehen, während andere Messer zogen, damit auf ihn zuzukommen und ihn aufforderten, von ihrer Feststellung abzusehen. In seiner Bedrängnis griff der Wächter zur Schusswaffe, gab einen Schuß ab und traf einen der Männer so schwer in die Brust, daß er tot zusammenbrach. Auf den Lärm und den Knall eilten Ortsbewohner und auch der Postposten der Polizei dem Wächter zur Hilfe. Jetzt ergriffen die sechs Mann die Flucht. Man verfolgte sie sofort, und es gelang, sechs festzunehmen, während der sechste entkam. Die Leiche des Erschossenen, eines Arbeiters Wilhelm Wokhus aus der Kolonie Vereinten Bayern am Weiskowsee Weg zu Vichtenberg, wurde beschlagnahmt und nach dem Friedhofsfeld Friedhof gebracht. Die Handwagen enthielten 10 Zentner Kohl, der auf den Feldern entwendet worden war. Die Festgenommenen sind zum Teil Arbeitslose.

Telephongespräch 1,5 Milliarden ab 1. November.

Die Gebühr für ein Ortsgespräch von einer Teilnehmerstelle oder einer öffentlichen Sprechstelle aus beträgt 1500 Millionen Mark. Für ein Ferngespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer werden erhoben bei einer Entfernung bis zu 5 Kilometer einschließlich 1,5 Milliarden Mark, bei einer Entfernung von mehr als 5 Kilometer bis 15 Kilometer 3 Milliarden Mark, bei einer Entfernung von mehr als 15 Kilometer bis 25 Kilometer 4,5 Milliarden Mark, bei einer Entfernung von mehr als 25 Kilometer bis 50 Kilometer 9,0 Milliarden Mark, bei einer Entfernung

von mehr als 50 Kilometer bis 100 Kilometer 13,5 Milliarden Mark, darüber für jede angefangenen 100 Kilometer mehr 4,5 Milliarden Mark. Für dringende Gespräche das Dreifache, für Bliggespräche das Hundertfache der Gesprächsgebühr für ein gewöhnliches Ferngespräch.

Im Telegrammverkehr sind die wichtigsten Gebühren vom 1. November an für Ferntelegramme: Grundgebühr 2,4 Milliarden Mark und außerdem für jedes Wort 1,2 Milliarden Mark; für Ortstelegramme: Grundgebühr 1,2 Milliarden Mark und außerdem für jedes Wort 6 Milliarden Mark.

Die Jugend für Reichseinheit und Republik.

Kundgebung der republikanischen Jugendbünde.

Zur schweren Rat von Band und Balk werden am kommenden Sonntag, den 4. November, vormittags 11 Uhr, im großen Sitzungssaal des ehemaligen Preussischen Herrenhauses, Leipziger Straße, die deutschen republikanischen Jugendverbände gemeinsam Stellung nehmen. Der Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands, der Reichsverband der Wandhortsbünde (Jung-Zentrum), der Reichsausschuß der Jungsozialisten der B.S.P.D., der Reichsverband der Demokratischen Jugendvereine und der Republikanische Jugendbund Schwarz-rot-gold, haben sich in Anbetracht der außerordentlich verschärften politischen Lage zu einer Arbeitsgemeinschaft der republikanischen Jugendbünde zusammengeschlossen und werden in der Kundgebung am Sonntag durch die führenden Persönlichkeiten der einzelnen Bünde die Auffassung der republikanischen Jugend Deutschlands zum Ausdruck bringen. Die Veranstaltung steht unter dem Leitgedanken: „Die Jugend für Reichseinheit und deutsche Republik“. Teilnehmerkarten sind bei den Geschäftsstellen der beteiligten Organisationen zu erhalten.

Wiedereröffnung des Kabelwerks Oberspreewitz.

Zwischen der Direktion und dem Gesamtbetriebsrat der A.G.B. haben heute vormittag auf Eruchen des letzteren Verhandlungen über eine Wiedereröffnung des Kabelwerks Oberspreewitz stattgefunden. Seitens der Direktion wurde mitgeteilt, daß die Absicht bestände, am kommenden Donnerstag den Versuch einer allmählichen Wiedereröffnung des Betriebs im Kabelwerk Oberspreewitz in der Weise zu machen, daß Anfang nächster Woche der ordnungsmäßige Betrieb wieder im Gange ist. Das Eruchen des Gesamtbetriebsrats, sämtliche Arbeiter wieder einzustellen, ist von der Direktion abgelehnt worden. Es werden nur diejenigen Arbeiter wieder eingestellt, bei denen die Gewähr dafür besteht, daß derartige Zustände nicht wieder eintreten können. Unter gleichen Voraussetzungen soll am Donnerstag auch der Versuch einer Wiedereröffnung des Betriebes in der Apparatefabrik Kolonietraße der A.G.B. gemacht werden.

Arbeiterwohlfahrt im Kampf gegen die Not.

Die letzte Sonntagsnummer der „Vossischen Zeitung“ bringt unter der Ueberschrift: „Berlins Kampf gegen die Volksnot“ auch einen Bericht über eine Sitzung, in der über die Bildung von Nachbarschaftsgilden beraten worden ist. Nach dem Bericht soll u. a. folgendes vorgeschlagen worden sein: „Eine Haushilfe soll bergestellt organisiert werden, daß stellunglose Hausangestellte und Stundenfrauen für mehrere Familien nutzbar gemacht werden, die sich eine einzelne Hilfskraft nicht mehr leisten können. In mancher Familie steht ein Zimmer frei, das einer Hausangestellten als Wohnraum dienen kann, die dann dafür Stunden arbeitet. In einer anderen Familie wird sie gegen das Mittagessen, in einer dritten gegen Abendbrot und in einer vierten gegen Lohne Entschädigung helfen können. Ähnlich läßt sich eine Krankenpflege für beschäftigungslose Krankenschwestern gründen.“ Da unter den für die Durchführung der Maßnahmen in Frage kommenden Organisationen auch der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt genannt wird, sehen wir uns veranlaßt, zu Vorstehendem folgendes zu erklären:

1. Der Hauptausschuß war in der fraglichen Sitzung nicht vertreten. Er pflegt in allen Berliner Angelegenheiten dem Bezirksauschuß für Arbeiterwohlfahrt seine Vertretung selbst zu überlassen. Der Bezirksauschuß war zu der fraglichen Sitzung nicht geladen und daher auch nicht vertreten.

2. Der Hauptausschuß und ebenso der Bezirksauschuß für Arbeiterwohlfahrt sind jederzeit bereit, die furchtbare Not mildern zu helfen und dabei mit allen Kräfte Hand in Hand zu arbeiten. Die Arbeiterwohlfahrt lehnt es aber ab, dabei solchen Maßnahmen ihre Zustimmung zu erteilen, die durch Wohlfahrtsleistungen Arbeitslohn ablösen könnten.

Es erscheint uns nicht recht möglich, daß eine Haushilfe, nachdem sie zunächst Stunden für Wohnung, für Mittagessen und für Abendbrot gearbeitet hat, endlich noch Stunden erübrigen kann, in denen sie dann noch gegen Entgelt arbeiten muß, um die für die ersten drei Arbeitsgelegenheiten erforderlichen Bekleidungsstücke, deren Vorhandensein vorausgesetzt wird, instand halten zu können. Die angebotenen Möglichkeiten sind auch nur in ganz vereinzelten Fällen bei enger Zusammenlegen der einzelnen Arbeitsstätten und damit so selten gegeben, daß sie nicht als ernsthafte Programmpunkte einer großzügigen Aktion angesehen werden können. In den Reihen der Arbeiterschaft sind Nachbarschaftsgilden längst gang und gäbe, wenn auch nicht unter dem Namen, die Arbeiterwohlfahrt und mit ihr ihre Wohlfahrtsorganisationen, die Arbeiterwohlfahrt, halten nicht ihr Treue in der Not, sondern auch unbedingte Treue in Fragen des Arbeitsrechtes. Das zu sagen erscheint uns notwendig für die Organisationen innerhalb des gemeinsamen Hilfswerkes, die das gelegentlich zu vergessen scheinen.

Unberechtigter Zurückweisung der Berliner Zahlungsmittel. Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Die gestern in Berlin gefassten Stadtdingliche sind von einzelnen Stellen unberechtigter Weise als Zahlungsmittel zurückgewiesen oder nur zu einem geringeren Betrage, als dem amtlichen Tageskurs der Goldanleihe in Zahlung genommen worden. U. a. hat am Montag, den 29. Oktober, nachmittags das Kaufhaus des Westens sich jedoch zur Annahme nur unter der Voraussetzung bereit erklärt, daß ein Kurs von 50 Milliarden zugrunde gelegt werde. Tatsächlich stand der Kurs der Goldanleihe auf 65 Milliarden. Der Magistrat Berlin wird gegen das Kaufhaus des Westens die erforderlichen Schritte unternehmen.

Zur Unterkunft der Telegrafen zur Reichsausführung der „Sozialistischen Arbeiterjugend“ am Sonnabend, den 10. und Sonntag, den 11. Nov. d. J., werden eine Reihe von Quartieren dringend benötigt. Parteigenossen, welche solche zur Verfügung stellen können, bitten wir herzlich, die Meldungen an das Jugendsekretariat, S.W., Lindenstraße 3, II. Hof II. Tr. zu übermitteln oder telefonisch (Telefon 308288) aufzugeben.

Verband sozialistischer Arbeiter. Dienstag, den 30. Oktober, abends 8 Uhr, in der Schule Rindow: Öffentliche Versammlung Simon Rindow (spricht über: „Wirtschaftliche Not und Alkoholismus“).

Proletarische Sprechschule. Der Kursus der englischen Dichtung des Herrn Juch in der Gemeindegasse Winterfeldstraße wird fortgesetzt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Fortdauer des trockenen heiteren Wetters, nachts sehr kühl. Tagestemperatur unändernd.

Jugendveranstaltungen.

Mit. Marienb. Heute abend 7½ Uhr. Vile Schule, Dorfstr. Vortrag: „Die soziale Frage“. — Finkenkrug, Mittwoch, den 31. Okt. Jugendheim, Buchdruckerstraße 14. Vortrag: „Die soziale Frage“. — Jungsozialistischer Kampfbund, heute abend 7½ Uhr. Schule Rindow, Rindowstr. 14. Die Gruppen beteiligen sich an dem Kursus des Genossen Weimann über „Einführung in den Sozialismus“. — Jungsozialistischer Kampfbund, heute abend 7½ Uhr. Schule Rindow, Rindowstr. 14. Die Gruppen beteiligen sich an dem Kursus des Genossen Weimann über „Einführung in den Sozialismus“.

